

Generalversammlung SVP Niederwil-Nesselbach vom 27.05.2011

Die Personenfreizügigkeit macht die Schweiz kaputt

Referat von Gregor Biffiger, Grossrat, Berikon

Im Vorfeld der Volksabstimmung vom 8. Februar 2009 über die Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens Schweiz – EU und seine Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien behaupteten die befürwortenden Parteien, die **Personenfreizügigkeit schaffe Wachstum und Arbeitsplätze und führe zu keiner unkontrollierten Zuwanderung**. Bereits Ende 2009 relativierte Volkswirtschaftsministerin Doris Leuthard und meinte im Rückblick auf den stärksten Einbruch der Schweizer Wirtschaft seit den siebziger Jahren ziemlich naiv, man habe erwartet, dass die Rückwanderung stärker ausfalle und mehr EU-Bürger in ihre Länder zurückkehren würden, wenn sie arbeitslos werden. Die Zuwanderung lag 2009 zwar um gut 23 Prozent tiefer als 2008. Aber dennoch nahm die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz netto um rund 79'000 Personen zu.

Seit die Kontingente für Einwanderer aus EU-Staaten Schritt für Schritt aufgehoben werden, wächst die Schweizer Bevölkerung rasant: Der gesamte **Wanderungssaldo** (Einwanderung minus Auswanderung) **der letzten fünf Jahre** beläuft sich insgesamt auf über **382'000 Personen** (für sämtliche Länder). Das ist mehr als die ständige Wohnbevölkerung des Kantons Tessin und entspricht der **Einwohnerzahl der Stadt Zürich**.

Die ausländische Wohnbevölkerung in der Schweiz ist auch im vergangenen Jahr faktisch um über 80'000 Personen (oder fast 5 %) gewachsen. Dies entspricht der aktuellen Einwohnerzahl der Städte Luzern oder St. Gallen und ist deutlich mehr als beispielsweise die gesamte Wohnbevölkerung des Bezirks Bremgarten.

Im Jahr 2001 erklärte das Bundesamt für Statistik, die Wohnbevölkerung der Schweiz steige in den nächsten 30 Jahren auf 7.4 Millionen Menschen. Diese 7.4 Millionen hatten wir bereits 2003 – also zwei Jahre später - erreicht. **Derzeit leben fast acht Millionen Menschen in der Schweiz** (schätzungsweise bis zu 300'000 illegal Anwesende nicht eingerechnet). Wenn die Schweizer Wohnbevölkerung weiterhin ungebremst wächst, wie in den vergangenen Jahren seit Einführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit, **werden in zehn Jahren rund neun Millionen Menschen in unserem kleinen Land leben**. Das macht Angst und wirft viele Fragen auf. Dies insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass **seit 1. Mai 2011 die volle Personenfreizügigkeit auch für acht EU-Länder in Osteuropa (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) gilt**. Wohl der wachsende Druck aus der Bevölkerung hat den Bundesrat an einer kürzlichen Sitzung dazu bewogen, für Menschen aus Bulgarien und Rumänien den Zugang zum Schweizer Markt weiterhin zu beschränken. Inländervorrang, Kontingente und Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen bleiben damit bis 31. Mai

2014 im Verhältnis zu diesen beiden Ländern bestehen. Damit macht die Schweiz von einem Recht Gebrauch, welches das Protokoll II zum Abkommen mit der EU über die Personenfreizügigkeit einräumt. Allerdings gilt diese Beschränkung nicht für Selbständigerwerbende aus Bulgarien und Rumänien; sie kommen ab 1. Juni 2011 in den Genuss der vollen Personenfreizügigkeit.

Es wäre sicher falsch, die Personenfreizügigkeit einfach pauschal zu verdammen. Die Schweiz hat die negativen Folgen der Finanzkrise gerade wegen der Zuwanderung besser und schneller überwunden. Die Schweizer Unternehmen und mit ihnen die gesamte Volkswirtschaft konnten in den letzten Jahren von der Personenfreizügigkeit mit der EU kurzfristig per Saldo zweifellos profitieren. Umgekehrt **trieb aber z. B. die verstärkte Nachfrage nach Wohnraum und Bauland die Preise in die Höhe**. Bereits heute gehört die Schweiz zu den am dichtesten besiedelten Ländern Europas. Gemäss Arealstatistik des Bundesamtes für Statistik **wurde in den letzten zwölf Jahren eine Fläche in der Grösse des Kantons Nidwalden zubetoniert**. Dieser Zuwachs ging vorwiegend auf Kosten der Landwirtschaftsflächen. Das Problem liegt auch darin, dass die **neubebauten Flächen schlecht genutzt werden**. Als Folge der mangelhaften Bauverdichtung **schreitet die Zersiedelung unaufhaltsam fort**.

Dramatisch ist auch die Entwicklung auf dem Schweizer Wohnungsmarkt. Die Nachfrage nach Wohnraum explodiert. Da viele Zuwanderer über recht hohe Löhne verfügen, ziehen die Immobilienpreise in den Zentren und in den steuergünstigen Agglomerationen stark an. In der Stadt Zürich beispielsweise sind die Mietpreise in den letzten zehn Jahren um 60 % gestiegen.

Auch im Bereich Infrastruktur zeigen sich erste Auswirkungen. Ob in der überfüllten S-Bahn, auf den Autostrassen oder im Intercity – jeden Tag bekommen die Pendler zu spüren, dass die **Schweizer Infrastruktur am Anschlag** ist. Seit 2007 ist die Belastung des Bahnnetzes um 17 % gestiegen. Auf den Strassen haben die Stautunden allein 2009 um 18 % zugenommen. An den neuralgischen Punkten in Bern, Basel, Genf sowie am Baregg-Tunnel bei Baden ist der Stau sogar um rund 30 % gewachsen. Im Grossraum Zürich samt Nadelöhr „Gubrist“ stecken die Autos und Lastwagen mittlerweile praktisch täglich und zu den unmöglichsten Tages- und Nachtzeiten fest (319 Stautage im Jahr 2009). Der Schaden ist angerichtet: Strassen und Züge sind überfüllt, die SBB sind mit 17 Milliarden verschuldet, die Verkehrssteuern sind hoch wie noch nie. Doch Bevölkerung und Mobilität nehmen weiter zu. Ein Ausweg aus dem Schlamassel ist nicht in Sicht. Eine zweite Gotthardröhre oder ein Ausbau des Strassennetzes sind weiterhin tabu. Es fehlt nicht nur am politischen Willen, sondern wegen des Neat-Finanzdebakels ebenso am nötigen Geld.

In den letzten Jahren hat auch die **Zahl der Studenten dramatisch zugenommen**: von 135'000 (im Jahr 2000) auf über 200'000 im Jahr 2010 (Fachhochschulen und Universitäten). Die Bevölkerung wächst, und prozentual mehr Kinder besuchen das Gymnasium.

Dazu kommen die Absolventen mit Berufsmatura – und die Deutschen. Nicht nur die Deutschen, aber vor allem. **Mit dem Beitritt zum Bologna-System ist es ausländischen Studenten fast uneingeschränkt erlaubt, hiesige Universitäten zu besuchen.** Mittlerweile sind **rund ein Fünftel aller frisch Immatrikulierten von ausserhalb der Schweiz.** An der ETH studieren rund 30% Ausländer, wobei die Zahl mit steigender Ausbildungsstufe zunimmt: von 18% im Grundstudium (Bachelor), über 34% auf Master-Stufe auf 60% bei den Doktoranden. Das Bologna-System erlaubt jedem Studenten, übertrittsprüfungsfrei den Master an der Universität seiner Wahl abzulegen. Besonders ausländische Hochschüler nützen diesen einfachen Weg, um an renommierte Institute wie die ETH zu gelangen und so die ersten Selektionsprüfungen im Grundstudium zu umgehen. Es versteht sich von selbst, dass **bei den Master-Aspiranten grosse Qualitätsunterschiede** bestehen, wenn z.B. Italien eine Maturitätsquote von gegen 80 % oder Frankreich eine solche von über 50 % hat. Es ist inakzeptabel, dass Studierende aus der EU, die wohl nicht einmal einen Sekundarabschluss in der Schweiz geschafft hätten, ohne Zusatzprüfung Zugang zu den Schweizer Hochschulen erhalten. Und das wohlverstanden für eine völlig marginale Studiengebühr, die nur einen kleinen Bruchteil der effektiven Kosten deckt.

Der Zustrom von Ausländern auf den Schweizer Arbeitsmarkt war in den letzten Jahren enorm: Während 2002 noch jährlich 19'000 Personen im Erwerbsalter in die Schweiz einwanderten, waren es nach Einführung der Personenfreizügigkeit mit 62'000 über dreimal mehr. Selbst im Rezessionsjahr 2009 ging der Zufluss nur leicht zurück. Das macht vielen Arbeitnehmern Angst, die vielen ausländischen Arbeitskräfte könnten den Schweizern den Job wegnehmen. Und sie könnten dank ihrer Bereitschaft, für weniger Geld zu arbeiten, das Lohnniveau senken. So erstaunt es denn überhaupt nicht, dass **im Sorgenbarometer 2010 die Angst vor Arbeitslosigkeit dominiert.** Obwohl die Arbeitslosigkeit in der Schweiz seit Anfang 2010 stetig abgenommen hat, haben über drei Viertel der Schweizer Angst, ihre Stelle zu verlieren. Das sind 10% mehr als im Vorjahr und 23 % mehr als 2008.

Statistisch lassen sich negative Lohneffekte der Personenfreizügigkeit für Schweizer Arbeitnehmer bis jetzt zwar noch nicht umfassend belegen. Eine Studie im Auftrag des Bundes kam aber immerhin zum Schluss, dass die **Zuwanderung die Reallohnentwicklung jährlich um ein Prozent reduziert hat.** Deutliche Spuren hinterlässt der Schweizer Lohnindex 2010 mit einer Nominallohnerhöhung von 0.8%. Bei einer Jahresteuierung von 0.7% resultiert daraus eine **mickrige Reallohnerhöhung von 0.1%. Faktisch bedeutet das eine Stagnation der Kaufkraft der Löhne.**

Die **Umsetzung der flankierenden Massnahmen** (wie z.B. Arbeitsplatz- und Lohnbuchkontrollen) **bereitet nach wie vor grosse Mühe.** Die Überprüfung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Jahre 2010 brachte deutlich mehr Verstösse als im Vorjahr zutage. Die Kontrollen der paritätischen Kommissionen zeigten z.B., dass 38% der ausländischen

Entsendebetriebe (Vorjahr: 21%) nicht gesamtarbeitsvertragskonforme Löhne bezahlen. Von den Schweizer Unternehmen zahlten 41% (Vorjahr: 30%) zu wenig. Die flankierenden Massnahmen können nur einen beschränkten Teil der Missbräuche, wohl nur die Spitze des Eisbergs, verhindern. Eine mittelfristig massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist unabwendbar. Im Gespräch mit Unternehmern stellt man denn auch fest, dass die **flankierenden Massnahmen den Arbeitnehmenden zwar einen beschränkten Schutz vor der Verletzung von Mindestlöhnen bieten**. Aber **gleichzeitig sinken die Durchschnittslöhne schleichend und unaufhaltsam**, indem bei der Neubesetzung von Stellen ein deutlich tieferer Lohn ausgehandelt wird. Mir sind z.B. diverse Fälle bekannt, in denen qualifizierte Einwanderer im kaufmännischen Bereich für Monatslöhne ab Fr. 4'000.00 eingestellt werden und Buchhaltungsjobs mit monatlich Fr. 5'000.00 entlohnt werden. Die volkswirtschaftlichen Folgen werden nicht ausbleiben.

Bis dato ist zwar auch nicht statistisch nachweisbar, dass Schweizer durch ausländische Arbeitnehmer zunehmend verdrängt und in die Arbeitslosigkeit getrieben werden. Denn weiterhin sind Ausländer etwa doppelt so häufig arbeitslos wie Schweizer. Das lässt aber wiederum **befürchten, dass offene Stellen vermehrt mit billigeren und allenfalls qualifizierteren Neuzuzügern besetzt werden**, während bereits anwesende Ausländer keine Arbeit mehr finden und damit die Arbeitslosenkasse übermässig belasten.

Schädliche Nebenfolgen der erleichterten Migration zeigen sich auch in den Sozialwerken, die unter zusätzlichen Reformdruck geraten. Zwischen Schweizern und Ausländern herrscht, nach wie vor, ein eklatantes Ungleichgewicht beim Bezug von Sozialleistungen. Über 44% der Bezüger von Sozialhilfe im Jahr 2008 waren gemäss offiziellen Zahlen Ausländer. Rechnet man Eingebürgerte und Asylsuchende hinzu, steigt der Anteil auf gegen 80% - bei einer Ausländerquote von 22.5%. Seit Jahren sind die Ausländeranteile in den Sozialwerken konstant. Die sogenannte neue Einwanderung von gut ausgebildeten EU-Bürgern änderte bisher nichts daran. Ein ähnliches Bild wie bei der Sozialhilfe zeigt sich bei der Invalidenversicherung. Eine Entlastung dank neuer Immigration ist auch hier nicht festzustellen.

Deutlich wird die Anspruchsmentalität vieler Zugewanderter auch im Gesundheitswesen. Zum Kostenanstieg tragen vor allem Personen bei, die sich selbst wegen kleiner Beschwerden auf die Notaufnahme eines Spitals begeben. Die Betreuung dort ist teurer als beim Arzt oder in einer Apotheke. Die Spitäler weisen seit Jahren darauf hin, dass Ausländer in ihren Wartezimmern in der Mehrheit seien. Die Rechnung zahlt die Allgemeinheit Jahr für Jahr in Form massiv steigender Krankenkassenprämien.

Ein weiteres trübes Kapitel ist die **Kriminalität** und deren Bekämpfung. **Die Personenfreizügigkeit in Verbindung mit den Abkommen von Schengen und Dublin beschäftigt und lähmt unsere Strafverfolgungsbehörden und unsere Justiz zunehmend.** Klar werden seit unserem Beitritt zum Schengen-Raum statistisch mehr Kriminelle aufgegriffen –

aber es kommen wegen des Verbots der systematischen Personenkontrollen an den Grenzen auch viel mehr lichtscheue Gestalten ungehindert in unser Land.

Es ist ein **Irrglaube, mehr Einwanderung bringe langfristig mehr Wirtschaftswachstum und damit automatisch auch mehr Wohlstand für alle**. Heute bauen Einwanderer Wohnungen für andere Einwanderer, ausländisches Pflegepersonal pflegt andere Ausländer. Ein derartiges quantitatives Wirtschaftswachstum ist ein klassisches Strohfeuer und verschleisst Unmengen unserer begrenzten natürlichen Ressourcen. Eigentliches Wohlstandsbarometer ist jedoch das Wachstum beim **Bruttoinlandprodukt pro Kopf**. Und dieses ist im Jahr **2009 gesunken** (die Zahlen 2010 sind noch nicht verfügbar). **Der Kuchen ist zwar grösser, muss aber durch immer mehr Leute geteilt werden.**

Für ein Wirtschaftswachstum, welches allen Menschen dient, sind **andere Faktoren wichtig**. Ein **flexibler Arbeitsmarkt, Bildung, modernste Produktionstechnik, hohe Produktivität, massvolle Regulierungen, wenig Bürokratie, stabile politische Verhältnisse und intakte Infrastrukturen** sind es, die nutzenstiftend für alle Menschen in unserem Land sind. Zu bedenken sind diesbezüglich auch die Zahlen des Umweltdepartementes (UVEK), das in seinem Strategiebericht „Zukunft der nationalen Infrastrukturnetze in der Schweiz“ vorrechnet, dass die **Schweiz in den nächsten 20 Jahren rund 200 Milliarden Franken in seine Infrastruktur** im Bereich Verkehr, Strom, Gas und Telekommunikation **investieren muss, um nicht im totalen Kollaps zu enden**.

Die schweizerische Migrationspolitik orientiert sich leider viel zu sehr am **quantitativen Grundsatz, wonach mehr Wachstum mehr Wohlstand bedeutet**. Die **Frage** aber, **ob mehr Wachstum auf die Dauer zu mehr Lebensqualität führt**, kann nicht mehr einfach mit einem Ja beantwortet werden, wenn unter Lebensqualität auch Platz und Raum verstanden wird. Noch gehört es beispielsweise zum Programm des Kantons Aargau, dass in den Agglomerationen der vom Wohnort nächstgelegene Erholungsraum in 15 Minuten zu Fuss erreichbar sein soll. Wie lange ist das noch machbar?

Die Politik weicht der Frage feige aus, wie viele Menschen unser Land erträgt. Wer ein Bevölkerungswachstum von jährlich gegen 100'000 Menschen hinnimmt, muss sich die Fragen gefallen lassen, ob er zusätzliche Kernkraftwerke will, wie der CO₂-Ausstoss gesenkt werden soll, wie dem weiteren Landverschleiss begegnet werden kann, wie die riesigen Investitionen in zusätzliche Infrastrukturen und deren Unterhalt zu finanzieren sind, wie Nahrungsmittel für immer mehr Menschen auf immer weniger Fläche produziert werden sollen.

Das schweizerische Mittelland gehört heute zu den am dichtesten überbauten Gebieten der gesamten Erde. Dichtestress aber verursacht Aggressionen und Gewalttätigkeit. Dadurch lässt das Sicherheitsgefühl der Menschen nach, **Angst macht sich breit**. **Aus Wachstum wird dann nicht mehr Wohlstand, sondern weniger Lebensqualität**.

Auch die Sicherung unserer Altersvorsorge lässt sich mit Bevölkerungswachstum nicht garantieren. Denn Migranten werden ebenfalls älter und haben das Recht auf eine Altersrente, was in dieser Logik zu noch mehr Einwanderung führen würde.

Unser Land hat in der Vergangenheit mit einer geschickt gesteuerten, massvollen Einwanderung gute Erfahrungen gemacht. Unter dem wachsenden Druck von EU, economie-suisse und Menschenrechtsmafia ist uns die **Einwanderung mit der Personenfreizügigkeit und dem Recht auf Familiennachzug völlig aus dem Ruder gelaufen. Dabei hätte die äusserst attraktive Schweiz beste Karten im weltweiten Poker um die qualifiziertesten Einwanderer.** Hier wäre statt der typischen helvetischen Bescheidenheit ein deutlich selbstbewussteres Agieren im Migrationsmarkt gefragt!

Die Linken fordern eine stärkere Abschottung der Arbeitsmärkte durch flankierende Massnahmen mit mehr Heimatschutz, mehr Kündigungsschutz und höheren Mindestlöhnen. Das wäre ein direkter Anschlag auf die Grundlagen unseres Wohlstands, der von den flexiblen, freien Arbeitsmärkten lebt. **Um die freiheitliche Schweiz zu retten, muss das Personenfreizügigkeitsabkommen notfalls gekündet werden. Es macht keinen Sinn, die Grenzen nach aussen zu öffnen, um innen die totale Regulierung einzuführen.**

Was ist zu tun?

1. Wir müssen unsere politischen Gegner entlarven. Sie tragen die alleinige Verantwortung für die folgenschweren Volksentscheide in Sachen bilaterale Verträge und Personenfreizügigkeit. Sie haben das Volk wiederholt angelogen und versuchen nun vor den Wahlen den Eindruck zu erwecken, dass sie in der Migrationspolitik die Schraube anziehen wollen. Nach den Wahlen sind dann alle Versprechungen sofort wieder vergessen.

2. Der Druck auf Bundesrat, Parlament und Parteien ist massiv zu erhöhen, und zwar wie diese Woche angekündigt mit einer SVP-Volksinitiative noch vor den eidgenössischen Wahlen. Die kürzlich lancierte Ecopop-Initiative „Stopp der Überbevölkerung“ geht zwar zu einem grossen Teil in die richtige Richtung. Die schöngeistig auftretenden Initianten bieten aber zu wenig Gewähr für das Zustandekommen der Volksinitiative und vor allem für die notwendige Hartnäckigkeit im Umgang mit der Renitenz von Bundesrat und Parlament. Die Regierung hat sich nämlich bis dato standhaft geweigert, ernsthaft **Szenarien eines Ausstiegs aus der Personenfreizügigkeit zu prüfen.** Man argumentiert mit Kollateralschäden, die sich kaum ergeben werden. Die bilateralen Verträge I beinhalten sieben Dossiers und eine Guillotine-Klausel. Ein Austritt aus der Personenfreizügigkeit hätte zur Folge, dass auch die anderen sechs Abkommen aufgelöst würden. Passieren würde dies automatisch sechs Monate nach der Kündigung. Die Schweiz und die EU hätten also ein halbes Jahr Zeit, um in Neuverhandlungen Lösungen zu finden. Sie könnten

beispielsweise die Zuwanderung beschränken und vereinbaren, dass die übrigen sechs Verträge unangetastet bleiben. Die EU hätte aber auch die Möglichkeit, das gesamte Bilaterale-I-Paket auslaufen zu lassen. Dann würde sich die Frage stellen, in wessen Interesse die Verträge eigentlich sind und wer bei Neuverhandlungen punkten würde.

Lassen Sie uns deshalb doch einmal Bilanz über die bilateralen Verträge I ziehen:

1 Personenfreizügigkeit: Wie vorhin dargelegt, zeigen sich für die Schweiz zunehmend die Nachteile. Die Schmerzgrenze ist erreicht. Für die EU hingegen ist es praktisch unbedeutend, ob sie Arbeiter aus der Schweiz frei importieren kann und ob ihre Bürger hierher auswandern können – im Gegenteil: Deutschland verliert jedes Jahr gut ausgebildete Fachkräfte an die Schweiz. Daher dürfte die EU im Fall einer Kündigung wohl kaum so verärgert sein, wie immer behauptet wird. **1:0 für die Schweiz.**

2 Landverkehr: der grösste Trumpf. Die EU braucht den Gotthard als funktionierende Nord-Süd-Verbindung. Österreich würde sich vehement gegen ein Ende des Abkommens wehren, da sonst der ganze Transitverkehr über den Brenner laufen müsste. Mit dem Bau der Neat hat die Schweiz einen Beitrag von 24 Milliarden Franken geleistet, damit die EU ihre Güter – so schnell und umweltverträglich wie möglich – durch die Alpen transportieren kann. Weitere Milliarden hat sie für die Aufnahme der 40-Tonnen-Lastwagen in Strassen und Brücken investiert. Ohne Landverkehrsabkommen könnte die Schweiz die Höhe der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) selber bestimmen und die EU unter Druck setzen. Zudem finanziert sie durch Subventionen an die SBB die «rollende Landstrasse» durch die Alpen: Jeder Lastwagen auf der Eisenbahn kostet den Schweizer Steuerzahler rund 500 Franken. **2:0 für die Schweiz.**

3 Luftverkehr: Das Dossier hat der Schweiz gar nichts gebracht. Es beinhaltet hauptsächlich, dass schweizerische Fluggesellschaften das Recht erhalten, EU-interne Flüge zu betreiben. Damit sollte das Überleben der Swissair gesichert werden. Herausgekommen ist es anders: Die Swissair ging bankrott, die Nachfolgeorganisation Swiss wurde an die deutsche Lufthansa verkauft. Der wichtigste Teil des Abkommens ist damit Makulatur geworden. Vor allem aber haben es die Schweizer Unterhändler damals versäumt, die bestehenden Anflugrouten auf den Flughafen Zürich festzuschreiben. Wenig später hat sich Verkehrsminister Moritz Leuenberger von Deutschland ein Verbot der Nordanflüge diktieren lassen. Beim seither schwelenden Fluglärmstreit ist noch immer keine Einigung in Sicht. Eine Neuverhandlung des gesamten Dossiers würde Deutschland an den Verhandlungstisch zwingen. **3:0 für die Schweiz.**

4 Landwirtschaft: Mit dem Abkommen wurde der Käsehandel liberalisiert, bei Früchten, Gemüse, Trockenfleisch, Wein und Milchprodukten wurden die Zölle gesenkt. Der Vertrag

liegt ebenso im Interesse der EU wie der Schweiz, wenn man die Meinung vertritt, dass der Landwirtschafts-Freihandel nur positive Folgen mit sich bringt. Dies ist für die Schweiz jedoch mehr als fraglich. Zwar ist der Freihandel für eine kleine Volkswirtschaft von enormer Wichtigkeit. Doch bei der Landwirtschaft bedeutete die angepeilte volle Marktöffnung letztlich, dass viele Landwirtschaftszonen in den Berg- und Hügellgebieten brachlägen. **Ein Punkt für beide: 4:1 für die Schweiz.**

5 Forschung: Die Schweiz hat sich verpflichtet, einen finanziellen Beitrag an das Forschungsrahmenprogramm der EU zu leisten. Auch Schweizer Forscher können sich am Programm beteiligen und Aufträge erhalten. Dieses Abkommen liegt aber nur dann im Interesse der Schweiz, wenn man annimmt, dass jeder ausgegebene Franken für Forschung in der Schweiz weniger effizient wäre, als wenn man die Gelder via EU-Topf fließen lässt. Angesichts der Brüsseler Bürokratie ist klar: **5:1 für die Schweiz.**

6 Öffentliches Beschaffungswesen: Der Vertrag bestimmt, dass Bauprojekte beim Schienenverkehr und in der Wasser- und Elektrizitätsversorgung usw. international ausgeschrieben werden müssen. Dies liegt im Interesse sowohl der EU wie auch der Schweiz. Doch sind zwei Dinge zu bedenken: Erstens ist schon durch ein Abkommen der Welthandelsorganisation WTO geregelt, dass öffentliche Unternehmen ihre Projekte ausschreiben müssen. Und zweitens haben die bisherigen Erfahrungen gezeigt, dass die Schweizer den Vertrag – höflich wie immer – viel rigoroser einhalten als die EU-Staaten, die weiterhin oft auf ihre eigenen Vorteile bedacht sind. In der Schweiz vergeben sogar die SBB den grössten Auftrag ihrer Geschichte über 1,9 Milliarden Franken nicht an die heimische Stadler Rail, sondern an die kanadische Bombardier. **Ein Punkt für beide: 6:2 für die Schweiz.**

7 Technische Handelshemmnisse: Mit dem Dossier wurden die technischen Vorschriften so angepasst, dass Schweizer Waren besser auf dem EU-Markt verkauft werden können und umgekehrt. Für die kleine Schweiz ist der Vertrag wichtiger als für die EU. Bei einer Kündigung würde allerdings das zentrale Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Schweiz von 1972 weiterhin gelten; die Aufhebung von technischen Handelshemmnissen ist dort ebenfalls vereinbart und könnte auch ausserhalb der Bilateralen I in beidseitigem Interesse fortgeführt werden. **Ein Punkt für beide: 7:3 für die Schweiz.**

Alle anderen Verträge mit der EU wie beispielsweise die Bilateralen II wären von einer Kündigung der Personenfreizügigkeit nicht betroffen. Doch auch bei diesen Dossiers hätte die Schweiz zahlreiche Trümpfe in der Hand. Sie könnte die Hilfe für die Oststaaten aufheben, die bisher ein Volumen von 1,3 Milliarden Franken erreicht hat. Oder das Zinsbesteuerungsabkommen beenden, das die EU-Kasse in den letzten Jahren mit jeweils 400 bis 600 Millionen Franken gestützt hat. Zudem steht ein neues Stromabkom-

men an, bei dem die EU auf die Schweiz angewiesen ist, um eine funktionierende Nord-Süd-Leitung aufzubauen

Eine Kurzbilanz neun Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens macht also deutlich, dass ein Auslaufen der Dossiers Personenfreizügigkeit, Landverkehr, Luftverkehr und Forschung klar im Interesse der Schweiz wären. Ein Weiterführen der Dossiers Landwirtschaft, öffentliches Beschaffungswesen und technische Handelshemmnisse läge in beiderseitigem Interesse. **Es gibt also keinen einzigen Vertrag, bei dem die Schweiz einseitig profitiert. Im Gegenteil: Wenn sie selbstbewusst und mit einer klaren Haltung verhandeln würde, wäre sie in bester Position, um bei mindestens vier von sieben Dossiers eine bessere Lösung zu erzielen. In jedem Fall wäre eine Kündigung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit viel weniger gravierend, als wenn die Zuwanderung in diesem Tempo weitergeht.**

3. Die bürgerlichen Parteien müssen gemeinsam sicherstellen, dass der Schweizer Arbeitsmarkt weltoffen und flexibel bleibt. Unsere Firmen sollen die besten Leute ins Land holen können ohne schikanöse Auflagen.

4. Unsere Sozialwerke sind migrationsfest zu gestalten. Es kann nicht sein, dass ein ausländischer Bauarbeiter bereits von Anfang an in den Genuss unserer vollen Sozialleistungen kommen kann. Über die **Wiedereinführung des Saisonierstatuts** ist bei gering Qualifizierten nachzudenken.

5. Aus aktuellem Anlass der Flüchtlingsströme aus Nord- und Westafrika sind die **Abkommen von Schengen und Dublin massiv zu hinterfragen. Die Kündigung dieser Schönwetterabkommen ist auch hier ins Auge zu fassen.**

6. Wir müssen das **Recht auf Familiennachzug schnellstmöglich massiv beschränken.** Zu diesem Zweck ist die Menschenrechtskonvention notfalls zu kündigen und mit einem entsprechenden Vorbehalt neu zu ratifizieren (Das war übrigens früher bereits so. Leider haben wir in der Vergangenheit ohne Not auf die Fortführung dieses Vorbehalts verzichtet).

7. Wir müssen unsere **Landschaft und unsere natürlichen Ressourcen schnellstmöglich und möglichst umfassend schonen und schützen.** Die **Beschränkung der Einwanderung ist auch ökologisch unverzichtbar.** Wenn wir so weiterfahren, unsere Landschaft zuzubetonieren, wie wir dies in den letzten 50 Jahren und insbesondere in den letzten 10 Jahren gemacht haben, wird unser Land in wenigen Jahren ein traurige Betonwüste sein.

Mit der sorglosen Zerstörung unserer natürlichen Ressourcen berauben wir uns unserer eigenen Lebensgrundlagen. **In der Raumplanung muss ein neues Zeitalter der bewussten Selbstbeschränkung anbrechen.** Erste Anzeichen für ein breites Umdenken sind in der schweizerischen Gesellschaft deutlich erkennbar.

Meine Damen und Herren: Morgen tagt die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Einsiedeln. Sie wird – so hoffe ich sehr – die Zuwanderungs-Begrenzungsinitiative deutlich beschliessen. Dann kommen ab August drei intensive Monate des Unterschriftensammelns auf uns zu. Ich bin überzeugt davon, dass wir – mit Ihrer tatkräftigen Hilfe – bis zu den Nationalratswahlen die notwendigen 100'000 Unterschriften zusammenbringen werden. **Die Abstimmung über die Begrenzungsinitiative wird die wichtigste Abstimmung seit der EWR-Abstimmung von 1992 sein. Unser Land zählt auf Sie!**

27.05.2011/GB